

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefehlgebühr. Für Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 13. Mai 1920

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfgehaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamensanzeigen 60 Pf., die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 52

Die Zeitungsverleger

Über die außerordentliche Tagung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, die am 5. Mai und folgende Tage in Dresden abgehalten wurde, berichtet die Tagespresse, daß die Verhandlungen durchweg von den großen Sorgen infolge der Papiernot, der Papierpreise und aller weiteren Verteuerung der Zeitungsherstellung beeinflusst waren. Der Vorsitzende Dr. Haber soll gerabzu erschreckende Einzelangaben über ungewöhnliche Symptome des Zerfalls der deutschen Presse gemacht haben. Die Situation soll für viele Zeitungen so liegen, daß jeden Augenblick die Unmöglichkeit ihres Weiterbestehens eintreten kann. Besonders große Gefahren zeigen sich in dem Eindringen ausländischer Presseunternehmen unter deutscher Flagge, in der Ausschachtung der Zeitungsdruckerbetriebe nach dem Muster der Güterlicherei auf agrarischem Gebiete sowie in der Abwanderung der Maschinen und des Materials in das Ausland.

Schwere Vorwürfe wurden auf dieser Tagung ferner gegen den politischen Radikalismus erhoben. Eines seiner wesentlichsten Ziele sei die wirtschaftliche Vernichtung der freien Presse, und daß es ihm teilweise gelungen sei, durch Aufpeitschung der Arbeiterschaft in den Zeitungsbetrieben zur Erfüllung unerfüllbarer wirtschaftlicher Forderungen die Existenzmöglichkeit vieler Zeitungen völlig zu vernichten.

Erhaltung und Ausbau der Schutz- und Abwehrorganisation der Zeitungsverleger sei eine unbedingte Notwendigkeit, weil es sich um Sein oder Nichtsein der deutschen Zeitungen und der Pressefreiheit handle. In einer besonderen Entschliebung erklärte sich die Hauptversammlung mit den Vereinbarungen einverstanden, die der Vorstand des Vereins Deutscher Zeitungsverleger mit dem Deutschen Buchdruckerverein bezüglich einer gemeinsamen Abwehrorganisation getroffen hat; sie begrüßte die „Solidarität des Zeitungs- und Buchdruckerwesens“ und übertrug der von beiden Vereinen geschaffenen Abwehrorganisation die Wahrung der in Frage kommenden wirtschaftlichen Lebensinteressen des Zeitungswesens.

In der Papierfrage kam mehrfach zum Ausdruck, daß hier nur noch ein „Entweder-Oder“ übrig bleibe, und zwar in dem Sinne, daß der Papierpreis auf höchstens 2 Mk. für das Kilo zurückgeführt werde, oder die Zeitungen müßten ihr Existieren einstellen. In einer diesbezüglichen weiteren Entschliebung wird gefordert, daß die Reichsregierung bei der Festsetzung der Papierpreise einen maßgebenden Einfluß geltend machen soll, andernfalls die Organisation der Zeitungsverleger jede Verantwortung für die unübersehbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen einer solchen Unterlassung ablehne. Weiter wird ausdrücklich gesagt: „Wenn die Regierung und die Parteien im Wahlkampf noch auf die Presse rechnen, dann müssen sofort energische Schritte geschehen, um das weitere Erscheinen der Zeitungen zu gewährleisten, andernfalls wird sich mit dem Schicksale der freien deutschen Presse das Schicksal der Parteien erfüllen, die nicht imstande oder zu kurzschichtig waren, sich diese Presse zu erhalten.“

Zu diesen wenigen Blickspiegeln, die uns bis jetzt aus der Tagespresse über die zweifellos wichtigste Tagung der Zeitungsverleger zu Gesicht kamen, wäre mancherlei zu sagen, das die Sorgen des Zeitungswesens auch noch von andern Gesichtspunkten aus beurteilen läßt. Wir möchten zunächst einmal darauf hinweisen, daß das Eindringen ausländischer Presseunternehmen sicher nicht so leicht wäre, wenn nicht der größte Teil der deutschen Presse dem parteipolitischen Durcheinander zuviel Rechnung fragen würde. Es fehlen in Deutschland fast in allen ihren Gebieten nicht erst seit heute, sondern schon von jeher allgemein führende, über allen Parteien stehende Verkünder und Vertreter allgemeiner zeitgemäßer Bestrebungen, Träger weltpolitischer Kulturideen, mehr oder weniger losgelöst von allen Parteibeschränkungen oder Dogmen. Da ist es denn kein Wunder, daß ausländische Presseunternehmen, die sich von kleingeldigen und engherzigen Ideen freizubehalten wissen, in Deutschland aufnahmefähigen

Boden finden. Ja wir sind sogar der Auffassung, daß hinsichtlich des Mangels einer großzügigen und selbstbewußten Haltung des Normaldeutschen gerade das deutsche Zeitungswesen im allgemeinen nicht ganz schuldlos ist. Versoppte Kirchturnspolizei, knauerige Geldbeutelinteressen im deutschen Zeitungswesen zeigen sich jetzt in ihren Folgen in Deutschlands Not nur um so verhängnisvoller. Auch die „Ausschlachtung der Zeitungsdruckerbetriebe“ ist keine Erleichterung, die sich außerhalb Silons, d. h. außerhalb des Zeitungsgewerbes, vollzieht, sondern zu erheblichem Teil in seinem Schoße, und zwar in Formen, über die in der Regel geschwiegen wird, solange die Sache im Gang ist, bei einigermaßen herzhaftem Zugreifen der „Schutz- und Abwehrorganisation“ aber meist zu verhindern wäre.

Nicht minder vorbegekommen wurde bei dieser Tagung auch bezüglich der Verantwortlichmachung des „politischen Radikalismus“ für die schlechte Lage des Zeitungsgewerbes. Es zeugt von totaler Weltfremdheit, wenn behauptet wird, daß die Aufstellung wirtschaftlicher Forderungen durch die Arbeiterschaft erst durch Aufpeitschung von politischer Seite hervorgerufen würde. Wer so etwas sagt oder glaubt, der hat eben einladend von der wirtschaftlichen Notlage der Arbeiterschaft gar keine Ahnung. Und in der Unterstellung, daß hohe Forderungen nur gestellt würden, um die freie Presse zu vernichten, könnte man nur einen Schwerg erblicken, wenn die Zeit nicht so verpeult erntet wäre. Vielleicht spricht sich aber in dieser Verdächtigung nur die innere Selbsterkenntnis aus, daß das bisherige Wirken der sogenannten freien Presse an den krautigen Zuständen der heutigen Zeit nicht ganz unschuldig ist.

Es sagt nahe, die von jeher bekundete Einseitigkeit der Interessenvertretung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger z. B. auch in urfährlichen Zusammenhang mit dessen Ausschaltung bei der Zusammenlegung des Reichswirtschaftsrats zu bringen. Aber diese Ausschaltung des deutschen Zeitungsgewerbes hat man sich auf der Dresdener Tagung bitter beklagt und eine Resolution zum Beschluß erhoben, worin „ergebnislos erlucht“ wird, daß seitens der Regierung eine Aufklärung darüber erfolge, warum es sich nicht ermöglichen ließ, einen Vertreter des Zeitungsgewerbes in den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat aufzunehmen. Wir sind der Meinung, daß die Lösung dieses Rätsels wohl darin zu suchen sein dürfte, daß gerade die organisatorischen Vertretungen des deutschen Zeitungswesens sich bisher im Schlepplau gewisser Parteien ganz einseitig betätigten und sich meist nur gegen die Arbeiterschaft des Zeitungsgewerbes stark machten. Das mag in gewissen Kreisen als vorbildlich gelten. Ist aber weiter nichts als Nachahmung grobindustrieller Märenten. Solche sind jedoch im Reichswirtschaftsrat schon so stark vertreten, daß auf die Mitwirkung von besonderen Vertretern des deutschen Zeitungswesens ohne Schaden für die deutsche Volkswirtschaft verzichtet werden kann.

So gibt es eine ganze Reihe von Punkten in den bis jetzt bekannt gewordenen Ergebnissen dieser Tagung, die den Führern der aus neuer in Angriffstellung gebrachten Abwehrkanone oder Schutz- und Abwehrorganisation reichlich Gelegenheit zu anderweiliger Betätigung gäben. Wir verweisen z. B. nur noch auf die Ausschaltung des deutschen Zeitungsgewerbes durch Silones und Augenberg. Viele finanziellen Umklammerungen eines großen Teiles des deutschen Zeitungsgewerbes sehen nämlich gerade so aus, als ob sie unter dem Schutze der „Schutz- und Abwehrorganisation“ vor sich gingen. Denn es sind bis jetzt dabei Zeitungsbetriebe und -verlage ihrer bisherigen Selbstständigkeit entkleidet und mit Silones'chem Gold ausgeschachtet worden, deren bisherige Vorkriegszeitung sehr stark für die Schutz- und Abwehrorganisation eingetreten sind. Als besonders charakteristisch erscheint es ferner, daß gerade die Silones und Augenberg in der Papierfrage schon viel früher und faktisch früher aufgestanden sind als die Schutz- und Abwehrorganisation des Vereins Deutscher Zeitungsverleger. Letztere scheint in der Abwehr berechtigter Arbeiterforderungen eine viel wichtigere Aufgabe zu erblicken als in der gemeinsamen Bekämpfung der Papiernot.

Das Buchgewerbe im Auslande

Österreich. Auf Grund neuerlicher, sehr schwieriger Verhandlungen zwischen dem Reichsverband österreichischer Buchdruckerbetriebe, dem Verein österreichischer Stein-druckerbetriebe und dem Graphischen Kartell der Gebildeten treten sofort bzw. ab 31. Mai 1920 neue wöchentliche Steuererhöhungen in Kraft. Die Gesamtaufschläge zum farblichen Lohn betragen für die drei Drisklassen:

Im ersten Gehaltsjahre . . .	40 Kr.	60 Kr.	80 Kr.
bis zum vollend. 23. Jahre 50 „	75 „	100 „	
nach dem vollend. 23. Jahre 60 „	90 „	120 „	

Nach der erfolgten Einteilung beträgt in Zukunft das Minimum der höchsten Drisklasse für Wien 530 Kr., für Graz 490,50 Kr. und für Linz 447,50 Kr. Die Forderung auf Gewährung von Anhaltungsbeiträgen wurde grundsätzlich abgelehnt. Mehr denn je lag der Schwerpunkt der letztmaligen Verhandlungen in einer entsprechenden Berücksichtigung der gewerblichen Zustände in der Provinz. Die Anwesenheit einer größeren Anzahl von Prinzipalvertretern aus der Provinz stand in urfährlichem Zusammenhang damit und mit der besonders sorgsam geleiteten Abklärung der Zulagen in den einzelnen Ländern. So ist z. B. für Steiermark in der dritten Lohnklasse eine von den übrigen Ländern getrennte Einteilung der Zulagenfestsetzung erfolgt. In Tirol erhalten die Gehälter in vier Drisklassen der zweiten Lohnklasse die neue Zulage nach Klasse I, Innsbruck aber nach Klasse II. Sein Urteil über das erzielte Ergebnis der letztmaligen Verhandlungen faßt der Wiener „Vorwärts“ wie folgt zusammen: „Keinmal falls darf beim Wertes des Erzielten das Moralische unterdrückt werden. Mag der einzelne Kollege sich auch mehr erhofft haben oder in dem Gebahren welegen, allein oder gemeinsam mit seinen Mitkollegen auch so viel zu erreichen, so ist dies sicherlich ebenso wichtig wie die Tatsache eingestanden werden muß, daß weder die Kollegengruppen in den Drisklassen noch einzelne dem Kartell angehörende Organisationsstellen allein mehr erreichen hätten, ja überhaupt nur so weit gekommen wären. Die Behauptung ist gewiß nicht gewagt, nur dem geeinten Vorgehen aller graphischen Arbeiter ist das Ergebnis zu zuschreiben.“

Schweiz. Der Berufsausschuss hat vom 12. bis 14. April tagend. Das Ergebnis ist mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden in der Kollegenchaft. Es hat sich aufs neue gezeigt, daß die Unterhandlungen je länger desto schwieriger werden; das geringste Zugeständnis muß in zehem Ringen erkämpft werden. Welcher Wind gegenwärtig im Prinzipalrat weht, geben folgende Sätze in der Nr. 15 der „Buchdruckerzeitung“ wieder: „... Der Antrag, die Lohnsätze in der Drisklasse D um 10 Kr. wöchentlich zu erhöhen unter gleichzeitiger Erhöhung in den übrigen Kategorien in Verbindung mit dem Antrag auf Festlegung der Ferien und Freizeitage des 1. Mai muß abgelehnt werden. Wir würden einer angemessenen Erhöhung der Lohnsätze, die im Verhältnis steht zu der Steuererhöhung, zustimmen können, wenn die Gehälter entsprechend mehr arbeiten wollten. Wir verstehen das Mehrarbeiten so, daß 1. der Gehälte fleißiger arbeitet und 2. auch länger arbeitet. ... Wenn der Buchdruckergehilfe in seinem Beruf eine auskömmliche Existenz finden will und finden soll, so muß er eben mehr arbeiten. Die Produktionskosten der Druckarbeiten sind infolge der Lohnerhöhungen und besonders infolge der großen Arbeitszeitverlängerung so enorm gestiegen, daß sie weitere Verteuerungen einfach nicht mehr ertragen. Wenn in den umgebenden Ländern Belohntheit eingehakt ist und diese Länder wieder erhebliche Konkurrenten werden, wird sich unsre Aufstellung mit unüberwindlicher Macht als richtig erweisen. Dann wird sich auch das schweizerische Buchdrucker- und der schweizerische Gehilfenverband dazu bequemen müssen, das Rad der Arbeitszeit nach rückwärts zu drehen. Wir sollten dies tun, bevor die bitterste Not uns dazu zwingt.“ Zu diesem Rückwärtsdrehen des Rades haben die Gehilfen natürlich auch noch ein Wort zu sagen.

Nun zum Ergebnisse der Verhandlungen. Ein wirklich positives Ergebnis kam eigentlich nur bei dem Antrage betreffend Lohnerhöhung heraus, und da auch erst, nachdem die Verhandlungen bereits abgebrochen waren und die Gehilfenvertreter sich zur Abreise rüsteten. Da griff der Vorstand des Einigungsamts ein und brachte die Parteien wieder zumachen. Es kam dann folgender Beschluß zustande: „1. Alle verhandelten Gehilfen der

deutschen und romanischen Schweiz erhalten eine Lohnzulage von 6 Kr. pro Woche, die Lebigen eine solche von 4 Kr. 2. Die verheirateten Gehilfen des Kantons Tessin erhalten eine Lohnzulage von 3 Kr., die Ledigen eine solche von 2 Kr. pro Woche. 3. Die Zulagen treten mit dem 19. April 1920 in Kraft. Auf die vorgeschlagene neue Klasseninteilung gingen die Prinzipale nicht ein. Es wurde dann beschlossen, daß die Zentralvorstände der Verbandsverbände eine paritätische Kommission zu bestellen haben, die die Lebensverhältnisse der in den Einzelgassen der Gehilfenverbände beanspruchten Drucker zu prüfen und bei nachweisbaren Unrichtigkeiten ihre Anträge dem Einigungsamt bis spätestens zum 1. Juli 1920 zur Weiterleitung und Behandlung im Verbandsauschuss einzureichen hat. Bei einer einmaligen Verlesung einzelner Drucker in eine höhere Lohnkategorie ist die gegenwärtige Lohnhöhe in Mithilfe zu bringen. Für Übersunden wurde auch eine bessere Entschädigung herausgeholt. Dagegen zeigten die Prinzipale für die Ferienfrage absolut kein Verständnis. Sie beriefen sich auf die Berufsordnung und erklärten, daß vor ihrem Ablauf eine solche Frage nicht diskutierbar sei. Das Eingabe, was die Diskussion seitige, war, daß der Vorstand des Einigungsamts vom Verbandsauschuss beauftragt wurde, die Geschäftsinhaber einzuladen, dem Personal nach Möglichkeit Ferien zu gewähren. Eine Gesellschafterversammlung sollte die Beschlußfassung über Aufhebung oder Verlängerung des Verbots der Einstellung neuer Drucker-Gelehrten. Trotz allen Beweismaterials blieben auch hier die Prinzipale hochbeinig, und so wurde beschlossen, das Verbot ab 15. Mai 1920 aufzuheben; an seine Stelle tritt folgende Bestimmung: „Alle Druckerstellen, die nur 1 bis 3 Gehilfen beschäftigen, dürfen nur dann einen Drucker-Gelehrten halten, wenn sie keinen Gelehrten haben.“

Aus dem Verlaufe der letzten Verbandsauschuss-Sitzung kann man sich eine Vorstellung von den Schwierigkeiten der nächsten Tarifrevision machen.

Polen. Es ist gelungen, das deutsch-polnische Tarifamt in Polen wiederum zu konstituieren. Der polnische Druckereidirektor Pawlowski (früher Buchdruckermeister in Elbing) hat den Vorsitz im Tarifamt übernommen. Darauf ist dieses in einer Sitzung zusammengetreten. Zur Beratung standen weitere Lohnforderungen. Die Gehilfen hatten den Antrag gestellt, die Löhne um 100 Proz. zu erhöhen. Die Prinzipale erklärten, zunächst einmal die Norm eines Grundlohns festzustellen und hierzu den vereinbarten Lohn vom Oktober v. J. für die Stadt Polen (Polen hat 15 Proz. Kohalschlag) anzulegen; dieser Lohn beträgt 160 Mk. Hieron wollten die Prinzipale weitere 40 Proz. als Feuerungszulage zahlen. Die Gehilfen waren mit ihren Forderungen auf 85 Proz. herabgegangen. Zur Zeit der Verhandlung betrug in Polen der gesamte Lohn für einen Gehilfen über 24 Jahre 232 Mk. Die Verhandlungen blieben bei obiger Position stehen und wurden abgebrochen. Die Gehilfen nahmen in einer allgemeinen Versammlung hierzu Stellung. Mit schwacher Mehrheit fand ein Antrag Annahme, die Gehilfenvertreter zu erlöchen, den Versuch zu machen, nochmals zu verhandeln. Die Minorität war für Streik. Die Majorität wollte zunächst zu anderen Mitteln schreiten, Verweigerung der Übersunden usw. Erneute Verhandlungen kamen zustande; sie brachten folgendes Ergebnis: 75 Proz. Erhöhung des Lohnes von 160 Mk. Die Löhne stellen sich nun in Stadt Polen wie folgt: erstes Gehilfenjahr 231 Mk., bis 21 Jahre 253 Mk., 21 bis 24 Jahre 297 Mk., über 24 Jahre 352 Mk., zahlbar rückwirkend ab 17. April. Maschinenleger wie bisher 20 Proz., Metallure, Korrektoren, Stereotypen 10 Proz. Zuschlag. Mühseligkeit bis 31. Juli d. J. Für die Provinz findet noch eine besondere Sitzung in den nächsten Tagen statt. Eine Einigung dürfte voraussichtlich auch hier erfolgen.

Der Polener Verein polnischer Buchdrucker veröffentlicht in den polnischen Blättern einen von Fr. Janek und R. Szegnanak unterzeichneten Aufruf, der alle polnischen Buchdrucker zum Eintritt aus dem deutschen Buchdruckerverband und zum Eintritt in den Polener Verein auffordert. Darin wird u. a. gesagt: „Die ehemalige Vereinigung polnischer Buchdrucker in Polen, die seit ungefähr 50 Jahren besteht, wurde im vorigen Jahr in den Verband polnischer Buchdrucker und verwandter Berufe für den ehemals preussischen Landesteil mit dem Sitz in Polen umgewandelt. Unser Vaterland hat das Recht, zu verlangen, daß wir uns in einer polnischen Organisation vereinigen. Es wäre unverständlich, wenn wir polnischen Buchdrucker den uns nationalfremden Organisationen angehörenden wollten, obwohl wir eine eigene polnische Organisation besitzen. Unverständlich ist so mehr, als unsere polnische Organisation in wirtschaftlicher Hinsicht dieselben Ziele hat wie die Organisationen, denen wir als Mitglied angehören müßten, was wir sehr nicht mehr nötig haben. Polnische Kollegen! Trete alle dem Verbande polnischer Buchdrucker in Polen bei, nicht nur ihr aus den mit dem Vaterlande schon vereinigten Landesteilen, sondern auch ihr, die ihr in den Abteilungen des Reiches lebt. Besonders ihr letzteren Dokumenten als die ersten, daß ihr die Vereinigung der erwähnten Bezirke mit unserem Vaterland erhebt, indem ihr der polnischen Organisation beitrete. Als Polen selbst ihr schon selbst, daß in volkstümlichen Organisationen für euch kein Platz ist.“ Man kann sich beim Lesen des Aufrufs des niederliegenden Geistes nicht erwehren, daß die nationale Ehre herhalten muß, um für den polnischen Verband neue Mitglieder zu gewinnen. Dabei wird es schon als ausgemachte Sache betrachtet, daß Oberstellen an Polen fällt; insbesondere werden die höchsten Stellen polnischer Junge sehr schon aufgefördert, ihren Beitritt zu erklären.

Aufstand. Über die Lage des graphischen Gewerbes veröffentlicht das Regierungsorgan „Lawjstija“ („Nachrichten“) einen Artikel, den wir wegen seiner Wichtigkeit in wörtlicher Uebersetzung hiermit folgen lassen: „Unser Plakatgewerbe ist fast ausschließlich gedehnt, denn 2.3. die Plakate gegen den Brennstoffmangel ruhen schon drei Monate in den Steindruckereien. Unsere Plakatliteratur ist vom Markt verschwunden und erscheint fast gar nicht mehr. Wo findet der Leser einen, wenn auch kurzen Bericht über die Verhandlungen des lebendigen Gewerkes? Woher? Die dort von Lenin gehaltene Rede ist im Sonderdruck bis jetzt noch nicht erschienen. Die Forderungen des Tages finden keinen Widerhall; augenscheinlich erfüllt bei uns keine Broschürenliteratur. Unsere Bücher verschwinden vom Markt in einer geradezu katastrophalen Weise. In die neu erworbenen Gebiete können wir alles bringen, nur nicht den Text der Sowjetverfassung, nur nicht unsere Agitationsliteratur, unsere Bücher und Zeitungen, ganz gleich welcher Art. Die Provinz klagt weniger über den Mangel an Brennstoff und Lebensmitteln, als über den Mangel an Büchern und Zeitungen. Unsere großstädtischen Zeitungen werden in den größeren Städten der Sowjetrepublik als etwas sehr Seltenes angesehen. So gar in Moskau gelangt es nur einigen Glückseligen, eine Zeitung auf der Straße zu kaufen. Zeitschriften sind in Sowjetrußland überhaupt nicht mehr zu haben. Mit andern Worten: Die Grundlagen unserer Agitation und Propaganda sind schon in den Wurzeln untergraben. Das gebräuchlichste Wort ist: Der staatliche Verlag ist gezwungen, sich mehr der Unterbindung als der Herausgabe der Zeitschriften und Bücher zu widmen. Diese katastrophale Lage verhindert jede drucktechnische Agitation und ruiniert den Buch- und Zeitungsverlag dermaßen, daß in keinem Lande die laufenden Arbeiten erledigt werden können. Um bei Transportkosten zu bestehen, müßten wir vor allem die Eisenbahnen aufkären. Das bedeutet: neue Brücken, Kanäle, Wälder, Plakate, Zeitungen und Flugblätter. Um unsere Landwirtschaft und unsere Fabriken wieder zu beleben, benötigen wir Hunderte von neuen Büchern und Broschüren — nicht nur Agitationschriften, sondern auch technische und landwirtschaftliche Lehrbücher und Anleitungen zur rationalen Arbeit. Besonders jetzt müssen wir unser Agitation mit Hilfe des gebrauchten Wortes zum Maximum steigern. Aber wir haben kein Papier. Die Papiererzeugung geht immer mehr zurück. Unsere Druckereien liegen still. Unsere Seher verlieren sich in die Wälder. Unsere Schriftsteller beschäftigen sich mit allem, nur nicht mit der Schriftstellerei des Tages. Die Verbreitung von Büchern und Zeitungen ist total erlahmen. Aus diesem Wirrwarr führt nur ein Weg. Unsere Papierindustrie muß gewissermaßen in Verteidigungsstellung gesetzt und ihre Arbeit vergrößert werden. Alle Druckereiarbeiter müßten nach rekrutieren und aus den Wäldern herausziehen. Die Behebung der Druckereien müßte an erster Stelle stehen. Alle Schriftsteller, alle Arbeiter des Zeitungs-, Buch- und Druckgewerbes müßten mobilisieren und als Rekruten einziehen, sie mit der Nahrungsration versehen und in den Rahmen einer eisernen Disziplin stecken. Das alles müssen die maßgebenden Vertreter der graphischen Industrie in erster Linie vollbringen, andernfalls wird dieser Nerv der Agitationsarbeit reißlos verwickelt. Die Agitationsfront muß auch unsere Kampffront sein, die ebenso wichtig wie unsere Kriegs- und Verkehrsfront ist.“ Jeder Kommentar würde die Wirkung dieses Artikels nur abschwächen.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. In der Buchdrucker W. & S. Voemannhal vollenden vier Kollegen im Laufe dieses Jahres ihre 25jährige Beschäftigung. Bei der ersten diesbezüglichen Gelegenheit veranlaßte der Chef der Firma, Herr Schneider, alle vier um sich, begrüßte sie mit einer längeren Ansprache und überreichte schließlich jedem einzelnen Kollegen ein Sparkastenbuch über 500 Mk. Kollege Adolf Barthel, der erste der „25jährigen“, wurde auch seitens der Mitarbeiterchaft mit einem hübschen Andenken bedacht.

Berlin. (Verbandsbürgerlicher Maschinenlehervers.) Die Versammlung am 7. März erkannte sich einen sehr starken Besuch. Zunächst begrüßte der Vorsitzende einige aus der Gelangenschaft heimgekehrte Kollegen. Das Ableben eines Gönners Kollegen ehrte man durch Erheben von den Plätzen. Hierauf leitete der Vorsitzende mit, daß der preussische Kultusminister Rühl sich gelegentlich eines Vortrags im Berliner Schriftstellerverein u. a. behauptet habe, die Maschinenlehrer hätten ein höheres Einkommen als die Bedienten (S). Während kein Berliner Blatt darüber berichtet hätte, daß eine Mitunternehmung die Werbung gebracht, allerdings mit dem Bemerkung, daß das in München nicht zuträfe. Annahme berichtete Kollege Braun in sehr ausführlicher Weise über die letzte Tarifauschuss-Sitzung. Die durch die abnehmende Haltung der Prinzipale geschaffene ernste Situation sowie eine eventuelle Lohnbewegung der Buchhändler veranlaßte ihn, die Kollegen zu ermahnen, sich nicht zu Fortsetzen hinzulassen. Die septima Wandervereinigung nach Köln wurde wegen der sich immer stärker gestaltenden Wohnverhältnisse fallengelassen. Hierauf wurden drei Tarifverhandlungskommissionen gewählt, die sich aus sieben Einzelproben, fünf Typographen und fünf Monotypisten zusammensetzen. Zur Aufnahme meldeten sich fünf Kollegen.

Bezirksverein Bromberg. Der am 7. März abgehaltene Bezirkskongress nahm Stellung zu den vom Gauvorsteher Wegner (Polen) aufgestellten Richtlinien betref-

Gründung einer selbständigen Organisations oder vom Verbande getrennten deutschen Kollegen. Kollege Wagner gab die in dieser Frage mit dem Zentralvorstande gehabte Aussprache wieder, wonach letzterer infolge der noch nicht geklärteten Verhältnisse 5 aber keine Beschlässe fassen konnte, da alles in der Schwebe sei. In seinem einflussreichen Vortrage ging Redner die einzelnen Punkte der aufgestellten Richtlinien durch: Name und Sitz des Verbandes, Selbstständigkeit, Anschluß an den Gewerkschaftsbund, Graphischer Bund, Tarifgemeinschaft usw. Nach lebhafter Aussprache, an welcher sich die Vertreter der Polener Gehilfenchaft und ein Vertreter vom Gauvorsitzende Danzig sowie die Delegierten der Ortsvereine Graudenz, Thorn, Kobenz und Bromberg beteiligten, nahm die Verammlung die Richtlinien an, jedoch soll der erste Punkt dem allgemeinen Entschluß vorbehalten bleiben, während der Anschluß an den Gewerkschaftsbund Ablehnung fand. Trotz der knapp bemessenen Zeit gedachten die Verammelten der deutschen Kollegenchaft durch Annahme einer Resolution, in der der Entschluß zum Ausdruck kam über die strikte Ablehnung der berechtigten Gehilfenforderungen seitens der Prinzipale. Den weiteren Schritten wünschte man nachhaltigen Erfolg und versicherte die deutsche Kollegenchaft der Sympathien der abgetrennten Verbandskollegen der Republik Polen.

Elbing. (Bezirksjahrsbericht.) Am 17. Januar fand unsere ordentliche Generalversammlung statt, in der u. a. vor allem die Kohalschlagsangelegenheit zur Sprache kam, weil die hiesigen Prinzipale gegen die Höhe des vom Kreisamt festgesetzten Kohalschlags Protest beim Kreisamt eingeleitet haben. Wann wurde eine Entschädigung zum Bestrecksrückgeleht angenommen. — Die ordentliche Monatsversammlung am 14. Februar beschloß sich vor allem mit den Anträgen zur Verbandsgeneralversammlung und wiederum mit dem Kohalschlag. Um endlich einmal den Kohalschlag auf die für unsern Ort in Betracht kommende Höhe zu bringen, sollen alle Gebel in Bewegung gesetzt werden. — Die Monatsversammlung am 13. März beschäftigte sich in der Hauptsache mit der resultatslos verlaufenen Tarifauschuss-Sitzung. Gemäß dem erstellten Richtlinien hat sich nur die Druckerei „Ebingers Volksstimme“ bereit erklärt, den Schiedspruch anzuerkennen, während die anderen vier Druckereien sich ablehnend verhalten. Durch die abgebrochenen Verhandlungen ist auch unser Kohalschlagsangelegenheit ins Stocken geraten. Infolge der innerpolitischen Verhältnisse und des polnischen Korridors sind wir hier im Osten in eine große Bedrängnis geraten. Ein enger Zulammen-schluß ist daher unbedingt nötig, um unsere Lage erträglich zu gestalten. — Eine außerordentliche Versammlung am 25. März mit dem Tagesordnungspunkt: Anerkennung und Durchführung der durch Fällung des Schiedspruchs vom 1. März ab zahlbaren Feuerungszulage, beschloß durch Abstimmung fast einstimmig, am 28. März geschlossen die Zahlung zu verlangen bzw. vom 28. März ab die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Bis Sonnabend abend hatten zwei weitere Druckereien bewilligt, während die Kollegen bei den Firmen O. Siebe (Inhaber Schneider) und Seiffert am Montag die Arbeit nicht aufnahmen. Nach ein- bzw. anderhalbtagigen Ausstände bewilligten auch diese Firmen. Diese letzten Firmen stellen an ihre Gehilfen ein lobenswerthes Ansehen, indem sie am Sonnabend den Vertrauensleuten ein Schriftstück einhändig gaben, das sie den Gehilfen zur Unterchrift vorlegen sollten, worin zum Ausdruck kam, daß Kontraktbruch begangen worden sei. Natürlich wurde dies von den Kollegen rundweg abgelehnt.

Geisingen (Steige). Unsere Hauptversammlung fand im Januar statt, sie erzielte sich eines zahlreichen Besuchs. Mit regem Interesse folgte die Versammlung den gegebenen Berichten, aus denen hervorging, daß sich das Vereinsleben seit Beendigung des unglücklichsten Krieges in fortwährend aufsteigender Bahn bewegt. Im Graphischen Klub sind allerdings die Nachwehen des Krieges noch etwas spürbar, es tritt aber auch hier Besserung ein. Der Stand des Ortsvereins ist gegenwärtig 22. Mit dem hiesigen Kartell haben wir laudend in enger Fühlung. Durch die neue Regelung der Kohalschlags kam auch Geisingen in den Genuss derselben. Infolge besonderer Entgegenkommens der hiesigen Prinzipale konnte der Kohalschlag auf 7 1/2 Proz. festgesetzt werden, nachdem durch die Kreis-Sitzung nur 5 Proz. genehmigt waren. Dringend zu wünschen ist, daß unsere gesamte Lohnregelung auf schnelleren Füße gestellt wird, nicht daß immer der erreichte Zuschlag von weiterer Steuerung überholt ist. Ein Kollege im Gemeinderat ist als Vorstand des Lebensmittels- und Kohlenamts in köstlichen Dienst getreten.

Samburg. (Bezirksverein Norddeutscher Maschinenmeister.) Nach über fünf Jahre langer Pause berief unser Bezirksverein für 22. Februar eine Bezirksversammlung nach Samburg ein, in der Kollege Franz Sauer (Berlin), Mitglied des Verbandsvorstandes und der Zentralkommission, über die tariflichen und organisatorischen Forderungen zum Maschinenmeisterkongress sprach. Getreten waren Hül, Lübeck, Schwerin, Neuminster, Galle aus Hannover und Bremen, der Gauvorsitzende und sämtliche Sparienvertreter Samburgs. Vorsitzender Veltendorf beschloß 10 Uhr vorläufige die von über 250 Kollegen besuchte Versammlung. Er machte bekannt, daß der Hamburger Verein 70 Fiskusopfer zu beistehen hat, deren Andenken die Versammlung durch Erheben von den Ehren ehrt. Die anwesenden Vertreter der einzelnen Vereine gaben ihre Berichte, und es war daraus zu entnehmen, daß der Krieg schwere Wunden in die Reihen unserer Drucker gerissen hat, und daß es vieler Arbeitsbeschäftigung bedarf, die Bereiche auf die alte Höhe vor dem Krieg zu bringen resp. neu aufzubauen. Bei Einstellung Heinz Vortrags übertrug Kollege Sauer die Größe der Zeit

Frankenmission und sprach den Wunsch aus, daß das Verhältnis zwischen Zentralmission und Bezirksvereine ein recht gutes werden möge. Der Referent ging dann auf das Zusammenarbeiten von Verband und Sparten ein. Er betonte, daß seit 1908 auf der Generalversammlung in Wien die Sparten als existenzberechtigt anerkannt worden seien und bis auf den heutigen Tag sich außerordentlich fruchtbringend betätigt hätten. Der Krieg habe ein Weltliches dazu beigetragen, und es mache sich das Befreien geltend, die begangenen Wege weiter zu beschreiten im Interesse des Verbandes. Der Redner besprach die Preis-einteilung in 22 Bezirke, denen sich hauptsächliche die nächstgelegenen Bezirke anschließen sollten. Unter tariflichen Forderungen besprach Redner das Einmalchinesen-folien, Gleichstellung der Beibrillingskala mit der der Seher und die Verschmelzung des Vereinsorgans mit den „Supp-graphischen Mitteilungen“. Des weiteren wurden die Sonntagsarbeit, Fällungsfrage und die technischen Ver-zichtungen an der Maschine behandelt. In Anbetracht der Proteste von verschiedenen Vereinen habe die Zentralkommission die Delegiertenzahl von 30 auf 35 erhöht mit der Bedingung, in Kreisen über 500 Mitglieder sei einen Delegierten aus der Provinz teilnehmen zu lassen. Die darauffolgende Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft und vielseitig. In seinem Schlusswort ging der Referent auf die verschiedenen Einwände ein und legte der Versammlung die Weiterleitung der Wünsche der Kollegen an die Zentralkommission zu. Dem Kollegen Höner sei nochmals für seine guten Ausführungen bestens gedankt. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 22. Februar 1920 im „Gewerkschaftshaus“ in Hamburg tagende Versammlung des Bezirksvereins Norddeutscher Maschinen-messer, Sitz Hamburg, beauftragt die Zentralkommission, mit aller Eile die Wünsche und Forderungen, wie sie sie zwecks Besserung der Lage im Druckerberuf überreicht, zu verketten. Beibrillings, Kalkulationsfrage, Einmalchinesen-folien und Kleiderentlohnung sind Mindestforderungen zur Tarifrevision. Einmütig und geschlossen erklärt die Ver-sammlung, für die Forderung einzutreten zu wollen. In Anbetracht der stetig steigenden Kosten des im Verlage der Zentralkommission erscheinenden „Maschinenmesser im Buchdruckgewerbe“ und der dadurch verursachten verringerten Erscheinungswelle sowie des entstehenden geringen sachlichen Wertes beauftragt die Versammlung die Zentralkommission, der Verkettenungsfrage am Kongress durch rege Aussprache Rechnung zu tragen.“ Aber die Höhe der Beitragsfestsetzung soll den Vereinen Gelegenheit zur Besprechung gegeben werden. Die Frage selbst soll einer späteren Regelung vorbehalten bleiben.

Verloren. (Vierteljahrsbericht.) Das erste Viertel-jahr des Jahres 1920 hat für unsern Ortsverein recht er-sprechliche Arbeit gebracht. In der Generalversammlung wurden die bewährten Kollegen Rantrop als erster Vor-sitzender und Wibe als Kassierer einstimmig wieder-gewählt. — Die ordentliche Monatsversammlung vom 28. Februar brachte als wichtigsten Punkt der Tages-ordnung die Stellungnahme des Ortsvereins zum Gra-phischen Kartell und Wahl von zwei Delegierten dazu. Nicht weniger als sieben außerordentliche Versammlungen brachte der März. In der ersten Versammlung vom 11. März nahm der Ortsverein Stellung zu den letzten Verhandlungen des Tarifauschusses und stellte sich ein-mütig auf den Boden des geselligen Schiedspruchs. Die nächstfolgende Versammlung am 13. März ergab im Situationsberichte, daß die beilegen Prinzipale ihrerseits nicht gewillt waren, den Schiedspruch anzuerkennen. In einem Schreiben wurde den Prinzipalen folgende Forderung der Verlorenen Gehilfenschaft unterbreitet: „Die Gehilfen-schaft erwartet bis Montag, den 15. März 1920, vor-mittags 10 Uhr, Antwort darüber, ob die Prinzipalfakt bereit ist, den ergangenen Schiedspruch zu dem ihrigen zu machen. Erfolgt eine Ablehnung, so tritt vom ge-nannten Zeitpunkt allgemeine Arbeitsruhe ein.“ Der ge-nannte Zeitpunkt allgemeine Arbeitsruhe ein.“ Der ge-nannte Zeitpunkt kam, die Prinzipale ließen die Frist verstreichen und die Gehilfenschaft legte geschlossen die Arbeit nieder. Am 16. März fanden seitens des Ge-hilfen-ausschusses mit dem Prinzipalvorsitzenden Verhand-lungen statt, die zu keinem Ergebnis führten. Als Forderung seitens der Gehilfenschaft waren folgende Punkte aufgestellt worden: 1. Restloso Anerkennung des Schieds-pruchs; 2. Bezahlung der Streiktage; 3. Einstellung sämt-licher Kollegen, auch der in Kündigung stehenden. Am 20. März kam es dann zu erneuten Verhandlungen. Die gestellten Forderungen der Gehilfen 1 und 3 wurden von den Prinzipalen anerkannt; während sie von Punkt 2: „Bezahlung der Streiktage“, nichts wissen wollten. In der gebietenen Abstimmung stimmten 52 Kollegen für Nicht-aufnahme der Arbeit, bis auch diese Forderung seitens der Prinzipalfakt erfüllt sei. Dieser Beschluß wurde den Prinzipalen mitgeteilt und am nächstfolgenden Sonntag kam es erneut zu Verhandlungen. Hier kam dann eine Einigung in der Weise zustande, daß drei Streiktage von den Prinzipalen den Gehilfen bezahlt wurden. Auf dieser Grundlage wurde nun am Montag, 22. März, in allen Druckereibetrieben die Arbeit wieder aufgenommen. Die Kollegen von Hemer und Menden hatten sich dem Vor-gang der Verlorenen Kollegen angeschlossen.

Leipzig. (Schiffschneider.) In der sehr gut be-suchten Generalversammlung unser Vereinigung be-züchtete Kollege Heise über den Reichstakt und erläuterte besonders den von Frankfurt aufgestellten Akkordtakt für Schiffschneider. Eine nachmalige, eingehende Aussprache machte sich dringend notwendig. Der auffallende Preis-unterschied zwischen Frankfurt und Leipzig fand in der sehr ergebnisreichen Aussprache seine Klärung dahingehend, daß eben ganz bedeutende sachliche Verbesserungen in der Herstellung und Ausführung der Eadrillen bestehen müßten. Den Beweis lieferten schon die früheren Leip-

ziger Verhältnisse, wo zwischen den einzelnen Firmen ganz bedeutende Unterschiede in der Ausführung bestanden, die natürlich auch finanziell ihre Auswirkung fanden. Allge-mein kam zum Ausdruck, daß man die von den Frank-furtern aufgestellten Preise als zu niedrig ablehnen müsse, denn wenn wir untern durch Schmutzkonkurrenz so schwer verkehrten Beruf wieder haben wollen, dann muß vor allem auf eine laubere und geschmackvolle Arbeit der größte Wert gelegt werden. In der schärfsten Weise ver-wahrte man sich gegen das eigenmächtige Verbalten Frankfurts bei der Überlegung des Tarifentwurfs an die Prinzipale. Die Verhandlungen über den beilegen Schiedsschneiderprinzipale sind zum Abschluß gelangt; die-leiben haben den Reichstakt anerkannt und unterzeichnet. Hoffentlich folgen Frankfurt und Berlin, soweit dort Klein-betriebe noch vorhanden sind, schnellstens diesem Beispiele. Die Schiffschneiderprinzipale wünschen ein gemeinsames Vorgehen mit der Gehilfenschaft gegen die Heimarbeitler, wozu die Kollegen ihre Zustimmung gaben. Nach Er-ledigung der Vorstandswahl — der Gesamtvorstand wurde ohne Widerspruch einstimmig wiedergewählt — sowie einiger interner Fragen wurde die Versammlung verlag. — Bei der Fortsetzung der Generalversammlung am 19. Fe-bruar berichtete der Vorsitzende über eine erneute Sitzung mit den Schiffschneiderprinzipalen, die zufriedenstellend verlief. Die Arbeitsvermittlung geschieht künftig nur durch den Arbeitsnachweis. Sodann berichtete Kollege Heise über einige Sitzungen mit dem Vorstande der Schiff-schneider. Der Bericht des Vorstandes lag gedruckt vor. Kassierer Kurt Kuntz gab einige Erläuterungen zum Kassenberichte. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Als Beisitzer in den Ortsvorstand wurde Kollege Hugo Köhler gewählt. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Bemerkungen fand die prächtige Versamm-lung ihr Ende. Der Vorstande verhandelt noch drei Neu-nahmen und ermahnte, auch fernerhin der Vereinigung des Interesses zu bewahren.

Ludwigshafen a. Rh. Die am 20. Februar hier ab-gehaltene Generalversammlung des Bezirkes war von Vorrede sehr schwach besucht, während Frankenthal und Grünstadt trotz der Verkehrssperre und trotz längeren Fußmarsches vollständig erschienen waren. In Vertretung des erkrankten Kollegen Kollfeldes war Vorsitzender S.uten-bänder die Versammlung. Der Bericht des Vorstandes sowie der Kassenbericht über 1919 lagen gedruckt vor und wurden ohne Bedenke genehmigt, desgleichen wurden die drei nächsten Tagesordnungspunkte: „Beilebung des Be-trags“, „Beilebung der Remuneration“ und „Statuten-änderungen“, nach kurzen Begründungen debattelos er-ledigt. Etwas länger verweilte sich die Versammlung bei Punkt 5: „Neuwahl des Vorstandes“. Da unser bis-heriger Vorsitzender, Kollege Roff, der dieses Amt zwölf Jahre mit unermüdlichem Fleiß und bewundernswürdiger Ausdauer versehen hat, infolge Berufswegfalls sein Amt niederlegte, fand die Versammlung vor der Notwendigkeit einer Neuwahl. Zwar lag eine Vorschlagsliste von der Generalversammlung des Ortsvereins vor, und der Punkt hätte schnell erledigt sein können, aber „die Freunde“ unseres bisherigen Vorsitzenden konnten es sich nicht nehmen lassen, die Abwesenheit des Kollegen auszunutzen und ihm für seine treu geleisteten Dienste einige Vorbürste zu ver-leihen. Für die nötige Abluhr dieser Maßnahme war ge-sorgt. Als Nachfolger für den Kollegen Roff wählte die Versammlung den Kollegen Langhans. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Frankenthal bestimmt. Ausgeschlossen wurden zwei Kollegen wegen Reisen. Als Delegierter zur Verbandsgeneralversammlung wurde seitens unseres Bezirkes Kollege Schmalz in Vorschlag gebracht. Der Bericht des Delegierten zum Gewerkschaftskartell ent-schloß eine ausgebreitete Debatte über die Tätigkeit bzw. Untätigkeit des Kartells, die zum Schluß in eine General-debatte über die Lohnpolitik der Gewerkschaften im all-gemeinen und die der Buchdrucker im besondern aus-artete, ohne jedoch auch nur in einem Punkt eine Ver-meinlichkeit der Auffassung zu erzielen.

Pulsnitz-Grubhändler. Am einen schon längst ge-hegen Wunsch in die Tat umzusetzen und den tariflichen Beschaffen besseren Nachdruck zu versehen sowie tätlich mitzuwirken am Ausbau unseres Organisationslebens, wurde am 1. April unter dem Doppelpennamen Pulsnitz-Grubhän-dler ein Ortsverein gegründet. Alle in beiden Orten be-schäftigten Gehilfen, sämtlich organisiert, traten ihm bei. In den Vorstand wurden die Kollegen Grundmann und Ritzke als Vorsitzender und als Kassierer gewählt. U. a. wurde folgende Resolution einstimmig gefaßt und an den Gewerkschaften gelangt: „Die Pulsnitzer und Grubhän-dler Gehilfenschaft erhebt klammernden Protest gegen die immerwährende Zurücksetzung der Provinzkollegen bei Festsetzung der Feuerungszulagen. Da die Preise für rationierte Lebensmittel in kleineren und mittleren Orts-schichten fast überall die gleichen sind, erscheint eine Klärung der Feuerungszulage in kleineren Ortschaften ungeschicklich. Etwaige Mehrausgaben in mittleren Ortschaften dürfen in den Gehaltszuschüssen doch wohl schon genügen Berücksichtigung finden. Obengenannte Gehilfen fordern für die Zukunft mehr Gleichberechtigung. Welche Pflichten, gleiches Recht!“

May Seliger. Das deutsche Buchdruckgewerbe hat seit dem 10. Mai eine fastkräftige Persönlichkeit weniger auf-zuwachen. An diesem Tage verstarb im Alter von 55 Jahren der Vertreter der Grafschaften im Verlage für graphische Künste und Buchgewerbe in Leipzig, Professor May Seliger. Sein

Leben war fruchtbringende Arbeit, war erstrebliche Tat. Als Schumann und als Künstler zeigte er große Schöpfungs-kraft. Die Umgestaltung der Akademie zu einer Hoch-schule für graphische Künste und Buchgewerbe unter An-leitung an die Erfordernisse praktischer Berufstätigkeit ist ein Hauptverdienst Seligers. Mit dem Ausbruch der Wita-mende beschloß er sich bis in die letzte Zeit. Was wir aber an dem Ende dieses gescheiterten Lebens besonders hervorzuheben haben, das ist das jederzeitige Entgegen-kommen gegenüber den Wünschen der Gehilfenschaft, sei das bei Abhaltung von Vorträgen, Einrichtung von Kurzen, Schaffung von Beilagen für die „Epigraphischen Mit-teilungen“, Zusammenstellung von Rundbriefungen für den Bildungsverband und anderweiliger Überlassung von Aus-stellungsmaterial. Von der ersten Begegnung an erkannte wir, daß dieser Mann mit dem Herzen der vorwärts-strebenden Gehilfenschaft ungetrennt war. Und wenn er des Hören seiner Freude über das feste Verhältnis Ausbruch gab, das unsre Gehilfen im Zusammenhang mit ihm und in den verankerten Lehrkursen behandelten, dann ließ er das Anerkenntnis nicht nur Worte sein. In einer Reihe von Vorträgen verfuhrte er die Gehilfenschaft einzuführen in künstlerische und wissenschaftliche Dinge. Bereitwillig stellte er für diese Räumlichkeiten zur Verfügung und be-mühte sich für geeignete Lehrkräfte. Sein Wille war, die erwerbsfähigen Kräfte höherzuführen und heranzubilden zu Qualitätsarbeitern. Und wenn ihm besonders aus der Gehilfenschaft vorbildliche Ergebnisse übermittelte wurden, dann leuchteten seine Augen und mit herzlichem Dankes-worten regte er zu neuem Gelingen an. Seliger gehörte zu den Gebildeten, die nicht erst nach dem 9. November 1918 die höheren Schulen den arbeitenden Kreisen öff-neten. Sein Herz schlug schon vordem für die schaffende Arbeit, ganz gleich, wo sie herkam. Er erbrachte das Können, verfuhrte als Schulmann alle Kreise des Volkes zu er-lernen, gab mit ganzem Herzen und zeigte sich so als Mensch, der sich durch seine Tätigkeit und durch sein vor-bildliches Leben selbst adelte.

Gehilfenprüfung. Vor der Gewerkschaft in Leipzig fanden zur diesjährigen Osterprüfung in unserm Gewerbe 128 Lehrlinge die Gehilfenprüfung ab. Auf die einzelnen Sondergruppen entfallen hiervon: Seher 93, Drucker 80, Schwelzerbogen 3, Galvanoplastiker 4, Stereotypisten 2. Es erhielten die Note „Sehr gut“ 4, „Gut“ 148, „Ge-nügend“ 30. Die nunmehr vom Tarifamt genehmigte Lehrlingsordnung für das Buchdruckgewerbe wird hoffent-lich durch gute Auswahl und Ausbildung unserm Nach-wuchses die bei der Prüfung aufgetretenen Mängel zu be-seitigen helfen.

Mettlerprüfung. Vor der Handwerkskammer in Breslau bestand der Einolupseher Richard Menzel aus Striegan die Mettlerprüfung mit dem Prädikat „Aus-gesprochen“.

Offene Stellen für Arbeiterverfasser. Für Ständehaus, Plauen, Kaiserfabrik und Bamberg werden je ein Arbeiter- bzw. Gewerkschaftsleiter gesucht. Bewerbungen mit entsprechenden Befähigungsnachweisen sind für Ständehaus bis zum 1. Juni an Franz Henckels, Brüderstraße 16, Plauen 15, zu senden, für Plauen bis zum 20. Mai an Albert Kabin, Paulsauer Straße 95, für Kaiserfabrik bis 20. Mai an E. Hornum, Verberstraße 15, für Bamberg bis 20. Mai an Ernst Straub, Färbereigasse 6, zu senden. (Korrespondenzblatt des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Nr. 19.)

Gewerkschaftliche Sammlung für die Opfer des Kapp-Putsches. Der Allgemeine Gewerkschaftsbund, die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände und der Verband der Deutschen Gewerksvereine haben zur Unter-stützung der Opfer des Kapp-Putsches in allen Teilen Deutschlands eine Sammlung eingeleitet. Es sind zwar schon längst entsprechende Urträge an die Regierung ge-stellt, aber deren Erledigung wird noch lange auf sich warten lassen. Es handelt sich daher darum, die erste Not zu lindern; diese Not ist sehr groß. Es gibt sehr viele Witwen und Waisen sowie dauernd Arbeitsunfähige, die durch das Verbrechen der Kapp und Wittich und seine unheilvollen Folgen in große Not geraten sind. Es han-delt sich um viele Millionen Mark, die zu deren Unter-stützung gebraucht werden. Ein großer Teil der Industrie-gebiete hat in Erkenntnis dieser Notlage die Pflicht über-nommen, einen Tagesverdienst an die Sammelstellen ab-zuführen. In einem besonderen Aufrufe, der in den letzten Tagen durch den Gewerkschaftsbund an die gewerkschaft-lichen Ortsaus-schüsse (Gewerkschaftskartelle) verfaßt wurde, wird dieses Beispiel von Opferwilligkeit dringend zur Nachahmung empfohlen. Es werden daher zu diesem Zweck von den britischen Gewerkschaftskartellen Sammelstellen aus-gesprochen oder sonst in ähnlicher Form Sammlungen ver-anstaltet, deren Ertrag an die Zentralstelle des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (Auguststraße, Berlin SO 16, Engel-ufer 15, IV, Postfachkonto Quitt. Verlin 7, Nr. 81381) einzuliefern ist. Von hier aus werden die Gelder im Ein-verständnis mit den Bezirksauschüssen an die bedürftigen Stellen überwiesen.

Zur Volksabstimmung in den besetzten Gebieten. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich im Einvernehmen mit den übrigen Gewerkschaftsverbänden und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände an den Zentralvorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft mit dem Erlauchen gewandt, auf die angezeichneten Arbeitsgeber-organisationen daraufhin einzuwirken, daß sie sich bereit erklären, den bei ihnen beschäftigten abstimmungsberech-tigten Arbeitern und Angestellten die Zeit, die sie zur Erledigung der Abstimmung brauchen, zu bezahlen und ihnen die dazu verbrauchte Zeit auch nicht auf den ihnen sonst zustehenden Urlaub oder ihre Ferien anzu-rechnen. Als Vertreter des Reichsverbandes der Deutschen

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

